

Seit das BSW sich gegen die Aufstellung von US-Mittelstrecken-Raketen, die Moskau in wenigen Minuten zerstören können, in Deutschland ausgesprochen hat, drehen die Mietmäuler der USA in Deutschland durch und fallen aus der Rolle. Unter ihnen ist die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung mit einem ganzseitigen Artikel auf der Seite 2 und der Überschrift: „In ihrem Schatten“ – siehe oben; unter den Mietmäulern ist weiter der Vorsitzende der Atlantikbrücke und einer der Cheflobbyisten der USA, der ehemalige SPD-Vorsitzende Siegmund Gabriel. Er, der von den Kriegstreibern und der Rüstungslobby der USA täglich am Nasenring durch die Manege gezogen wird, verurteilt das Bemühen des BSW, die Interessen der deutschen Bevölkerung zu vertreten als „antiamerikanisches Ressentiment“. **Albrecht Müller.**

Staatsmännisch gibt er den Rat, SPD und CDU sollten das BSW bei den Koalitionsverhandlungen in Ostdeutschland auflaufen lassen. Das BSW könne ja mit der AfD zusammenarbeiten und wäre dann schnell weg vom Fenster. So ähnlich hatte sein Vorgänger als Vorsitzender der Atlantikbrücke, Friedrich Merz, vor einigen Tagen auch geklungen.

Noch schlimmer treiben es – wie man an der zitierten Frankfurter Allgemeinen schon gesehen hat – die Mietmäuler im Journalismus. BILD fragt besorgt: „Nimmt Wagenknecht Deutschland in den Würgegriff?“. Die „Welt“ wirft ihr stalinistische Methoden vor; und man muss befürchten, dass Welt-Autor, Jacques Schuster, Angst hat, demnächst im Gulag zu landen oder Opfer einer stalinistischen Säuberung zu werden. In der Mopo (Morgenpost) schreibt Christoph Lüttger „Stalinistin bleibt Stalinistin: Sahra Wagenknecht verlangt Unterwerfung... Kompromisse, Wesensmerkmale, der Demokratie, darf es nicht geben. Jetzt zeigt Frau Wagenknecht, dass sie auf die Demokratie pfeift. Die ist ihr egal. Mal erfüllt die BSW-Chefin bei uns den Willen des russischen Aggressors Putin, mal lässt sie ihre Leute im sächsischen Landtag zusammen mit der rechtsextremen AfD stimmen.“

Das sind Zeichen und Belege für den Ruin des deutschen Journalismus. Mehrheitlich versteht man sich offensichtlich als Kampagnenjournalismus. Selbst in der manchmal noch erträglichen Berliner Zeitung denunziert eine Katja Hoyer die Forderung des BSW nach Friedensverhandlungen und Waffenstillstand in der Ukraine und der Ablehnung der Aufstellung von US-Mittelstrecken Raketen ohne Vorwarnzeiten in Deutschland: „Gute Schulen sind wichtiger als leere Friedensphrasen“. – Offensichtlich hat sich die Autorin wie viele Journalisten nicht mit den landespolitischen Forderungen des BSW auseinandergesetzt. Das BSW fordert nämlich selbstverständlich mehr Lehrer und bessere Schulen. Seine Kritiker verstehen aber nicht oder verdrängen, dass die vielen Milliarden, die in der Ukraine mit Waffenlieferungen sinnlos verpulvert werden, weil sie nur zu weiterem Tod und zu immer größerer Zerstörung führen, fehlen, um mehr Lehrer

einzustellen und bessere Schulen zu bauen. Abgesehen davon, dass die im Thüringer Sondierungspapier zur Bildungspolitik erreichten Festlegungen äusserst vage sind und ebenfalls weit hinter dem zurückbleiben, was das Thüringer BSW im Wahlkampf versprochen hatte.

Die immer stärker werdende Hetze gegen das BSW und ihre Vorsitzende Sahra Wagenknecht zeigt eines: In zunehmendem Maße sind Politiker und Journalisten unfähig oder unwillens, eine halbwegs faire politische Diskussion zu führen. Man kann es auch drastischer ausdrücken: Der schlimmste Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.

P.S.: „Die Anstalt“ vom 29.4.2014 war für unser Thema insgesamt einschlägig, ganz besonders ab Minute 37:30 mit der sogenannten Tafelnummer. Wenn Sie ein bisschen Zeit erübrigen können, dieses Stück noch einmal anzuschauen lohnt sich. Sehr!